

Wir und die Anderen - Klasse und Identität

Anita Gottlob & Bradley Fix

Universität Wien & Alpen-Adria-Universität Klagenfurt/Celovec, 2018

In Zeiten, in denen die neue Rechte durch Besetzung des hegemonialen Diskurses eklatante Wahlsiege vorweisen kann, ist es von elementarer Bedeutung, sich als Linke insb. auch mit den Themen Identität und Klasse auseinanderzusetzen. So hat der dritte Weg der Sozialdemokratie (neoliberale Reformen von Schröder bis Blair) den Prozess der fortschreitenden Vereinzelung der gesellschaftlichen Individuen vorangetrieben und damit Solidarität und soziale Absicherung immens geschwächt. Diese Individualisierung im neoliberalen Zeitalter muss eine Selbstreflexion der Linken zur Folge haben. Die neue Rechte bedient sich Identitätspolitik im Sinne einer Rückbesinnung auf die Nation als Identifikationsmerkmal der Arbeiter*innenklasse. Wähler*innen, die zuvor linke Parteien wählten, laufen in großer Zahl zu rechten Parteien über (Eribon, 2016). Es stellt sich folglich die Frage, worin die Gründe (Holzkamp, 1985) der Wähler*innen liegen, früher linke und nun rechte Parteien zu wählen. In Bezug hierauf ist es bedeutend sich mit »Klasse« auseinanderzusetzen und auch den Begriff der »Identität« auf seine Dienlichkeit zu untersuchen.

Die analytische Auseinandersetzung dieser zwei »Begrifflichkeiten«, die Veränderungen fordristisch-geprägter Subjekte (vgl. Marvakis, 2018) hin zu neoliberal geprägten Subjekten (ebd.) und die für uns daraus ableitbaren strategischen Schritte für eine emanzipatorische Linke, die wieder große Mehrheiten erreichen kann, stellt das primäre Ziel dieses Papers dar. Smith (2012) zufolge ist die gesamte Konzeption des Sozialismus in einer Krise. Dessen Grundannahme, die der geeinten homogenen unterworfenen Klasse mit ihren revolutionären Subjekten, die im historisch notwendigen Moment durch die Revolution zu einer neuen, gerechten und freien Gesellschaft führt (ebd.) scheint seiner Meinung nach durch den Neoliberalismus ausgehöhlt, durch die politische Praxis ernüchert zu sein und nur noch in einer dezimierten Anzahl von potenziellen Wähler*innen Anklang zu finden. Dieser Analyse widersprechen jedoch die beachtliche Anzahl an Anhänger*innen von Sanders und Corbyn, als auch der Wahlerfolg von letzterem im Jahr 2017 (Archer, 2018). Es muss sich jedoch die Frage gestellt werden, weshalb Corbyn und Sanders für eine breite Masse der Bevölkerung Identifikationsfiguren einer tatsächlich vorstellbaren Veränderung (sic!) der Gesellschaft darstellen (ebd.). Einerseits sind beide politische Außenseiter, die jahrzehntelang authentische

Kritik an der etablierten (sic!) Politik geäußert haben, sei dies die Kritik am Irakkrieg (Hartig, 2016) oder an neoliberalen Reformen (Daecon, 2015).

Corbys und Sanders neue politische Strategie inkludiert somit einerseits authentische Führungspersonen, die sich jahrzehntelang in einer „Anti-Establishment“-Haltung »bewiesen« haben und andererseits eine neue politische Praxis der Kopplung zwischen Grassroot-Bewegungen mit ihren jeweils eigenen Kämpfen im gemeinsamen Kampf (im Sinne der Intersektionalität) um eine neue gerechtere Gesellschaft (Naples, 2017) und gleichzeitiger Bündelung dieser Kämpfe durch parlamentarische Repräsentation und Artikulation.

War »Klasse« bei Marx noch primär an dem Produktionsprozess (Diettrich, 1999) orientiert, Eigentum vs. Nichteigentum von Produktionsmitteln, als auch Ausbeuter*in (senso Kapitalist*in) vs. Ausgebeutete*r, lässt sich die Klassengesellschaft mit ihren sozialstrukturellen Reproduktionslogiken mit Bourdieu (1983) noch differenzierter betrachten. Bourdieu stellt dar, wie sich die Klassenhierarchie durch »Geschmack«, »Habitus« und »ökonomischem«, «kulturellem«, «sozialem« Kapital reproduzieren. »Ökonomisches Kapital« bestimmt hierbei, wieviel Kapital das Individuum «mitbringt« also wie reich ein Individuum im monetären Sinne ist bzw. wieviel Kapital es anhand seiner familiären Herkunft und der familiären ökonomischen Stellung mit sich bringt. »Kulturelles Kapital« wiederum bezeichnet die kulturelle Ausstattung eines Individuums, demnach wie sehr es bereits in der Kindheit implizit und explizit sich Kultur aneignen konnte bzw. angeeignet hat. Dies wiederum hängt in großem Zusammenhang mit der kulturellen Ausstattung der Familie. Anhand dieses differenzierteren Wissens der Klassenstruktur und deren Reproduktion lässt sich mit einem erweiterten Blick dem Thema einer »Klassenidentität« (insb. jedoch auch potenziellen Lösungsansätzen) annähern.

Neue Theorien der Klasse als Identität

Klasse als Identitäts- und Identifikationsfigur wird im Neoliberalismus immer individualistischer, es besteht außerdem ein Prozess der Klassen ‚Des-identifizierung‘; Klassenzugehörigkeit als Merkmal sozialer Identität wird nicht im Sinne der kollektiven Identität anerkannt, sondern eher als individuelles Statussymbol bzw. als Differenzierungs-Modus in der gesellschaftlichen Hierarchie.

Neue Klassentheorien basieren auf der These, dass eine Transformation innerhalb der Klassenstrukturen stattgefunden hat und daher eine Analyse von Interessen und Identitäten notwendig sei (Crompton & Scott, 2000). Von den Vertreter*innen der radikalen ‚death of class‘ Theorie, nach denen wir in einer klassenlosen und hoch individualisierten Gesellschaft

lebten (Beck, 1986)- bis hin zu den traditionellen Klassenanalysen, in denen fortgehend versucht wird Klasse als Konzept zu (re)definieren- zeichnet sich ein Leitfaden der sozialen Identität ab. Obwohl Klassenstrukturen als solche existieren und die Menschen im Alltag stark beeinflussen, wird das Konzept der Klasse als bewusstes Prinzip der sozialen Identität, also als Identitätskategorie per se vom Großteil der Gesellschaft nicht anerkannt.

Dies bedeutet nicht, dass keine strukturellen Klassenunterschiede bestünden, sondern lediglich, dass sie im Rahmen der sozialen Identität nicht als solche von Akteuren*innen anerkannt oder akzeptiert werden (Bottero, 2004). Stattdessen wird Klassenidentität nun eher im Sinne einer 'Identifikation' innerhalb bestehender Herrschaftsstrukturen als individualistisches Identifikationsmerkmal der ‚Differenzierung‘ von Akteur*innen der Zivilgesellschaft anerkannt. Daraus kristallisiert sich im Rahmen des bestehenden Neoliberalismus ein Kontrast zwischen einer zunehmend individualisierten/individualistischen Gesellschaft, die es Akteur*innen erschwert bspw. Klassenzugehörigkeit durch kollektive Solidarität als Instrument der Emanzipierung zu erkennen und damit nutzen.

Daraus folgt die Frage: Kann „Klasse“, insb. „Arbeiter*innenklasse“, aus einem fordistisch-geprägten Zeitalter in die Moderne übertragen und neu gefüllt werden? Ist Identitätspolitik gleich Klassenpolitik? - Im Widerspruch des sowohl krisenanfälligen als auch scheinbar unersetzlichen ökonomisch-gesellschaftlichen Systems des modernen Kapitalismus, zeichnet sich der ideologische Kontrast »wir und die Anderen« zweiseitig ab. Einerseits wird im Diskurs der neuen rechten Identitätspolitik (im Sinne der »Nationalen Identität«) benutzt, um symbolische (und praktische) Grenzen gegen »die Anderen« zu bauen. Vor allem angesichts der ökonomischen Fragilität der unteren Mittelklasse, wird im Diskurs die Angst vor dem »Kulturell Anderen« (the cultural other) eingesetzt um Anti-Immigrations-Politik zu legitimieren. Daher ist Identität in diesem narrativen Sinne von Klasse, aber auch als nationale Identität zu verstehen. Andererseits spielen in politischen Diskursen, die Identitätsaspekte behandeln, nicht nur Fragen von Klassenunterschieden eine Rolle. Die neue Rechte bedient sich Identitätspolitiken im Sinne einer Rückbesinnung auf die Nation als Identifikationsmerkmal der Arbeiter*innenklasse. Wähler*innen, die zuvor linke Parteien wählten, laufen in großer Zahl zu rechten Parteien über (Eribon, 2016).

Es stellt sich folglich die Frage, worin die Gründe der Wähler*innen liegen, früher linke und nun rechte Parteien zu wählen.

Nationalismus und Identität-das ‚wir‘ und die ‚anderen‘, oder das ‚wir‘ versus ‚die anderen‘?

Der Mythos einer homogenen Nation und der populistische Ultranationalismus sind die Schlüsselmerkmale des Rechtsradikalismus und seiner Ideologie. Zusammenfassend wird davon ausgegangen, dass der Übergang von materiellem zu postmateriellen Werten der sich im politischen Diskurs widerspiegelt, das Ergebnis eines schnell wachsenden gesellschaftlichen Strukturwandels ist. Diese Veränderungen erzeugen „ontologische Unsicherheit“ (Giddens, 1991) und erhöhte Risikowahrnehmung innerhalb einer „reflexiven“ oder „neuen“ Moderne (Beck, 1992). Es herrscht demnach ein diffuses Gefühl des „Unbehagens“ gegenüber der Postmoderne, oder das, was Habermas (1985) die „Neue Übersichtlichkeit“ genannt hat. Genau dieses Gefühl der Diffusion und des Unbehagens, dessen sich eine große Zahl der Multitude (Negri, Hardt, 2017) konfrontiert sieht, wird durch "eine Mischung aus [...] unruhigen, starren Denken, autoritären Einstellungen und traditionellen Werten, die sich gegenseitig verstärken" (Habermas, 1985; 183) gekennzeichnet. Während alte politische Parteien im Sinne der "alte politische Dimension" kontrovers darüber diskutierten, wie Regierung und Märkte reguliert werden sollten, umfasst die "neue politische Dimension" des modernen Kapitalismus kommunale, ökologische und kulturelle Fragen, die über materialistische Werte hinausgehen (Marks, G., et al., 2000).

Darüber hinaus lehnen neue rechte Parteien die Idee einer supranationalen Gemeinschaft und Zusammenarbeit ab, da sie die nationale Souveränität und den imaginierten nationalen »Volkskörper« als erste Priorität setzen. Insbesondere die Idee der Einwanderung stellt eine Bedrohung für die nationalistischen Werte rechtsextremer Parteien dar, so würden andere kulturelle Einflüsse die nationale Kultur Eliten und internationale Organisationen wiederum stellen für sie eine Form der Schwächung der nationalen Autorität dar (ebd.). Lothar Probst (2016) wiederum sieht das Problem darin, dass die Populisten mit ihrer Politik einen „Nerv treffen“ (ebd.). So gebe es eine „wachsende Entfremdung zwischen der Elite und dem einfachen Volk“ (ebd.). Diese wiederum seien insbesondere in Deutschland proeuropäisch und weltoffen und würden gleichzeitig die Vorteile der Globalisierung und der Europäischen Union in den Vordergrund rücken, während die Mehrheit der Bevölkerung in all diesen Aspekten deutlich skeptischer sei, dies allerdings keinen Artikulationsrahmen durch die parlamentarischen Parteien fände (ebd.).

So setzt bspw. die Partei AfD (Alternative für Deutschland) in Deutschland ihren Fokus auf national-konservative und kulturidentitätsbezogene Themen. Seit Ihrem ersten Wahlerfolg im Jahr 2014, als die Partei bei der Europawahl 7,1 Prozent, und in manchen Teilen Deutschlands mehr als 10 Prozent erreichte, dreht sich die Agenda der AfD stark um Themen die mit der Verteidigung der nationalen Identität zu tun haben (Einwanderung, Kriminalität, Eurokrise usw.) (Probst, 2016). Der Diskurs innerhalb der Partei wurde zunehmend von einer rechtspopulistischen Rhetorik dominiert, die antiislamistische Einstellungen, Fremdenfeindlichkeit und nationalistische Werte umfasste.

Mit der Begründung, dass Flüchtlinge immer mehr kulturellen Einfluss auf die ‚deutsche Gesellschaft‘ gewinnen könnten, kritisierte die Führung der AfD zum Beispiel offen die Flüchtlingspolitik Angela Merkels. Populistische Parteien wie die AfD oder die FPÖ schüren nicht nur das ‚Wir‘, *gegen* die ‚Anderen‘ durch eine ‚nationalistische Version der Identitätspolitik‘ (insbesondere für weiße, heterosexuelle Männer), sie kreieren auch einen antagonistischen Widerspruch zwischen »dem Volk« und »der Elite« (Probst, 2016; Newmark, 2017). In diesem Kontext stellt sich erneut die Frage; was zieht Wähler*innen der Arbeiter*innenklasse in Zeiten der Individualisierung zu rechtspopulistischen Parteien?

Neue rechte Parteien - postmoderne Wähler*innen

Sowohl bei linken, als auch rechten Parteien die "klassische" und die "modernisierte" Position wiederfinden: Bei einigen Parteien stellt der modernisierte, auch als "Dritter Weg" bezeichnete Weg (Blair, Schröder) (Žižek, 2000) einen neuartigen Versuch dar, die Probleme des Integrations-/Demarkationskonflikts zu lösen: Wie Giddens (1998) es ausdrückte versucht dieser, "eine neoliberale Unterstützung des Freihandels mit einem Kernanliegen für soziale Gerechtigkeit zu verbinden" (Giddens, 1998:64ff). Nach Kitschelt's (1997) Modell würde die radikale Rechte die Wähler*innen eher anziehen, indem sie in ihrer Ideologie die "Gewinnformel" eines Mischmarktliberalismus und rechten Autoritarismus annimmt, als dem diffusen Gefühl des Unbehagens gegenüber der Postmoderne, oder was Habermas die "Neue Übersichtlichkeit" genannt hat, die viele von uns treffen könnte. Die jüngste Zunahme von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen in der Europäischen Union (EU) wurde im rechten politischen Diskurs genutzt. Dies zeigt sich vor allem in rechtsextremen Kampagnen und Slogans wie "Daham statt Islam" (Heimat, nicht Islam), die von der österreichischen Rechtsextremen FPÖ (Freiheitliche Partei Österreich) oder der französischen populistischen Partei "Front National" verwendet werden, wobei Marine Le Pen "verrückte, unbedachte

Einwanderungspolitik" für Terroranschläge in Paris in einer offiziellen Erklärung gegenüber den Medien verantwortlich macht (Steen, 2015; Chrisafis, 2015). Sozialwissenschaftler wie Stuart Hall (1992) und Martin Baker (1981), die sich mit politischen Debatten über Einwanderung in den 1970er Jahren beschäftigten, identifizierten diese Art der Beschuldigung der "Outgroup" als "postmodernen Rassismus" (Gale, 2004). Im postmodernen Rassismus wiederum, wird der direkte Bezug auf physische Merkmale explizit vermieden, doch die Betonung kultureller und wertmäßiger Unterschiede nach wie vor als "Bedrohung" für die westliche Kernkultur und -Werte dargestellt. In jüngster Zeit betonte Žižek wie Thatcher den direkten Bezug zum Rassendiskurs vermied und gleichzeitig das Bild der Bedrohung durch die "schwarze" Einwanderung, die politische Unterstützung fand, umsetzte (Žižek, 2000). Studien zur Bedrohungswahrnehmung sind von größter Bedeutung für das Verständnis der bei Wähler*innen rechtsextremer Parteien »typischen« Einstellungen und deren Verbindung zu negativen Wahrnehmungen von Einwanderung, die für die Zwecke dieser Forschung nützlich sein werden. Lauren McLaren beschreibt bspw. einen Unterschied zwischen wirtschaftlicher oder "realistischer" Bedrohung, und nicht-wirtschaftlicher Bedrohungswahrnehmung im Zusammenhang mit der Einwanderung. Die nicht-ökonomische Bedrohungswahrnehmung kann als "perzeptiv oder symbolisch" definiert werden und stellt die perzeptive Bedrohung durch andere Out-Gruppen (andere Kulturen und Religionen) dar, die auf moralischen Gefühlen und Werten basieren (McLaren, 2003).

Eurokrise, Identität und Nationalismus

So könnte man argumentieren, dass die Verantwortung und die daraus resultierende "Macht", die die deutsche Bundesregierung während der gesamten Euro-Krise zu angenommen hatte, zu einer gesamteuropäischen Forderung nach europäischer Einheit und europäischer Identität geführt habe (Ntampoudi, 2014). Es geht um die Frage, ob sich diese Anschuldigungen gegen eines der größten und am stärksten beteiligten Mitglieder negativ auf das Verständnis von europäischer Identität und Integration unter den EU-Bürger*innen und ihren Vertreter*innen auswirken werden. Laut Ioanna Ntamboudi führte die Krise in der Eurozone auch zu einer europäischen "Identitätskrise", die in einer Destabilisierung der Bürger*innenunterstützung für kontinuierliche und weitere Integration, Einheit und paneuropäische Solidarität gipfelte (Ntampoudi, 2014). Eine Untersuchung der aufgetretenen Tendenzen beinhaltet jedoch laut Ioanna Ntampoudi die Frage, ob die einer eher technokratische einer demokratischen und sozialen "qualitativen Richtung" EU gegenüber

steht. Darüber hinaus können undiplomatische Austausche und gegenseitige Anschuldigungen zwischen dem Süden und dem Norden (die z.B. von politischen Kommentator*innen, den Medien und einem Teil der Bevölkerung in Demonstrationen zum Ausdruck gebracht werden) dazu führen, dass die nationalistischen Stimmungen durch die Erweiterung der wahrgenommenen prototypischen Denotationen nationaler und europäischer Identitäten zunehmen.

Digitalisierung und neue Medien-ein zweiseitiges Schwert

Die heutige Welt bietet das größte Repertoire an Gründen und Instrumenten, sich Werten und Identitäten die auf Nationalstaaten rekurrieren zu entziehen und sich einer transnationalen (globaler und europäischer) Solidarität anzunähern. Dennoch erleben wir in der EU eine starke Zunahme der Popularität in rechtsgerichteten Bewegungen und Parteien, die der Nationalität einen hohen Stellenwert beimessen. Dies schafft dann die Grundlage für das, was Zizek "Politik der Ausgrenzung" nennt. Die Identifikation mit dem "Wir" als nationalem, gegenüber dem "Anderen", den Immigrant*innen, anderen Staaten usw. wird durch massenmediale Repräsentationen von »den Flüchtlingen« intensiviert, aber auch, wie der Fall Italiens gezeigt hat, durch Webkommunikation und neue Medien und populistische Rechtsparteien. Die M5S (Movimento 5 Stelle; 5 Sterne Bewegung) bauen immer wieder auf Anti-Einwanderungs-Stimmung und einem anklagenden defensiven Streben nach Transparenz in ihrem politischen Diskurs auf: Die M5S-Vertreter*innen stellen sich als moralisch überlegen dar und diskriminieren andere Politiker nicht auf politischer Ebene, sondern auf der Grundlage der individuellen Moral. In diesem Kontext zeichnet sich wieder ein Antagonismus ab zwischen verstärkter Individualisierung, einer Desidentifizierung mit der eigenen Klassenherkunft und dem Verlangen nach Homogenität ab.

Laut einer eines Berichtes von Reuters und der Oxford University (2017) ist die italienische Online-Medienlandschaft nach den USA die zweitpolarisierteste, wenn es um politische Debatten geht. Dies führt zu einem besonders hohen Anteil von Nutzer*innen, die sich mit dem linken oder rechten selbst-identifizieren und nur Medien/ Informationen mit entsprechender Neigung wahrnehmen. Studien über Wahlkämpfe der letzten Jahre haben ergeben, dass populistische Parteien in Frankreich und Deutschland (Digital News Report 2017) sowie in Italien eine große Online-Reichweite erreicht haben, wobei sie vor allem social media als Kommunikations- und Diskussionsinstrument nutzen (Dittrich, 2018: 2).

Die Nutzung von social media als Hauptkommunikationsmittel populistischer Parteien bietet ein perfektes Umfeld für die Verbreitung der bereits erwähnten Anti-Immigrations- und

moralischen Überlegenheits-Rhetorik, die für die M5S der Schlüssel zum Erfolg ist. In einem kürzlich veröffentlichten Blogbeitrag nach der Wahl veröffentlichte Beppe Grillo (2018) beispielsweise einen Artikel mit dem Titel "Die Perfektion des Parasiten", in dem er die linken und rechten Parteien des Establishments "die gefälschte Linke und die gefälschte Rechte" nennt, die die Demokratie ersticken. Der Ansatz der "webbasierten Demokratie", bei dem man die Möglichkeit (oder Illusion) hat, beinahe in Sekundenschnelle Entscheidungen treffen und handeln zu können, spräche insbesondere für eine Generation, die individuelle und subjektive (statt kollektive) Handlungsfähigkeit als Schlüsselfaktoren westlicher demokratischer Gesellschaften wahrnimmt bzw. diesen einen hohen Stellenwert beimisst. In diesem Sinne stellt es für populistischen und rechtsextremen Parteien ein Leichtes dar, in der »anonymen und freien« Welt des Internets leicht Macht ‚von oben‘ als Macht von ‚unten‘ zu verkaufen. Das heißt, neue rechte Parteien sprechen übergreifend Wähler*innen aller Klassen und sozioökonomischer Stati an, indem sie einerseits die ‚losers of globalisation‘ durch das Versprechen an mehr ökonomischer und kultureller ‚Sicherheit‘ ködern, und andererseits die Wähler*innen ansprechen, die sich ‚zwischen den Klassen‘ also als ‚class transfuges‘ (Bourdieu, 2000; Eribon, 2013) befinden und durch den Neoliberalismus erhoffen in der Hierarchie ‚aufzusteigen‘.

Das Problem der nationalen Souveränität

Auf der einen Seite können und werden neue Medien von zivilgesellschaftlichen, als auch politischen Akteur*innen genutzt, um globale Identitäten zu schaffen und durch bspw. Medienkonvergenz Nutzer*innen eine ‚digitale Handlungsfähigkeit‘ ermöglichen. Dies liefert Instrumente, um über nationalstaatliche Bindungen hinaus in Richtung europäische Integration und kosmopolitische Europäische Union zu gehen. Jedoch verschärft sich gleichzeitig der Konflikt zwischen den "orthodoxen Verteidigern des Nationalstaates" und den "Architekt[*innen] Europas" (Beck, 2007) unter dem Einfluss rechtsextremer Parteien. In Zusammenhang hierzu betonen Hardt und Negri (2017), dass nationale Souveränität oft mit Autonomie und Unabhängigkeit verwechselt wird, obwohl es sich ihrer Meinung nach im Wesentlichen um ein hierarchisches Machtverhältnis handelt. Souveränität ist nach den Autoren nicht mehr, als das ausschließliche Recht politische Autorität auszuüben. Die moderne nationalstaatliche Souveränität stehe daher im Gegensatz zur Einbeziehung oder Emanzipation der Massen - wie sie ein homogenes gruppensouveränes Subjekt (wie "die Nation") voraussetzt. Eine Europäische Union, die als eine soziale, politische und wirtschaftliche Union eine starke Rückkopplung zu nationalstaatlichen Parlamenten beinhalten würde, könnte uns

einer integrativen Gesellschaft näherbringen. Eine integrative Gesellschaft, in der die Möglichkeit der kollektiven Solidarität und Emanzipation für Akteure der Zivilgesellschaft gegeben wäre - ebenso wie Beteiligung der Zivilgesellschaft an Politischen Entscheidungen und Anerkennung („recognition“). Um soziale Ungleichheiten abzubauen, reicht es dennoch nicht Anerkennung und Emanzipierung auf einer sozialgesellschaftlichen Ebene zu stärken.

Auch auf der wirtschaftlichen/materiellen Ebene ist es von elementarer Wichtigkeit einen Umverteilungsprozess in Gang zu setzen, um soziale Ungerechtigkeiten infolge materieller Ungleichheit abzubauen und damit auch etwaige durch Rechtspopulist*innen verbreitete Vorurteilen und Stigmata wie „den »Wirtschaftsflüchtlingen« (Fallenstein, 2018) und/oder Osteuropäer*innen, die »unseren« Nationalstaat [scheinbar] ausnutzen (DPA, 2018)“ zu überwinden.

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit lässt sich in zwei Paradigmen einteilen, die in unserer Zeit als Gegensätze präsentiert werden: Die Forderung nach Umverteilung von Ressourcen und die Forderung nach Anerkennung kultureller Verschiedenheit. Laut Nancy Fraser erfordert es beides, Umverteilung und Anerkennung um soziale Gerechtigkeit zu erreichen (Fraser, 1998). Die Annahme, dass wir uns zwischen Klassenpolitik und Identitätspolitik entscheiden sollen, lehnt die Autorin ab. In der heutigen globalisierten, kapitalistischen westlichen Gesellschaft, bedarf es laut Nancy Fraser einem zweidimensionalen Lösungsansatz: Einerseits müsse man auf gesellschaftstheoretischen Ebene ansetzen und andererseits auf der Ebene der Moralphilosophie. Erstere umfasst die Liaison komplexer Beziehungen zwischen Status und Klasse, Kultur und Ökonomie, Interesse und Identität. Die zweite Ebene zeichne sich dadurch aus, dass emanzipatorische Aspekte erst vertretbar werden, wenn Forderungen nach sozialer Gleichheit und nach Anerkennung aufeinandertreffen.

Gender stellt hierfür ein gutes Beispiel dar: Sowohl das Problem, als auch die Lösungsansätze zur Bekämpfung von Genderungleichheiten in unserer Gesellschaft lassen sich in zwei Dimensionen einteilen. Hinsichtlich der ökonomischen Dimension, jener der Verteilung, ist Gender von fundamentaler Bedeutung für das organisatorische Element der ökonomischen Struktur der Gesellschaft, in der zwischen bezahlter ‚produktiver Arbeit‘ und unbezahlter ‚Reproduktionsarbeit‘ unterschieden wird. Hier werden Frauen einerseits vermehrt in den Bereich der reproduktiven Arbeit ‚eingeteilt‘ und andererseits besteht ein Ungleichgewicht der Bezahlung auf dem Arbeitsmarkt (ergo dem Bereich produktiver Arbeit), in dem Frauen strukturell schlechter bezahlt werden als Männer. Gleichzeitig zeichnet sich auf

der kulturellen Ebene ein Ungleichgewicht ab, indem Frauen konsequent im Alltag ausgeschlossen und marginalisiert werden (Fraser, 1998). Daher bedarf es nicht nur einer Umverteilung, um diese Probleme zu lösen, sondern es erfordert auch eine Auseinandersetzung mit Lösungsansätzen der Anerkennung. Auch im Bereich der Klassenstrukturen spiegelt sich dieses Ungleichgewicht wieder, wie Chantal Mouffe (1994) schon betonte sind in praktisch jeder globalisierten Gesellschaft Frauen in ärmeren Verhältnissen stärker vertreten als je zuvor. Linke Bewegungen und Parteien sollten anstreben, Homogenität im Sinne der Kollektiven Emanzipation und Inklusion (Intersektionalität) herzustellen, also eine Multitude, die sich durch die Anerkennung eines jeden Subjekts auszeichnet, maximale Freiheit und Individualität ausleben zu können - nicht als Instrument der Exklusion (Nationalismus) und der Unterwerfung.

Das Streben der Linken nach mehr europäischer Demokratie und Solidarität

Laut Vivien Schmidt (2006) ist Demokratie eine Frage der Interessen und der Institutionen, die aus den Regeln und Verfahren bestehen, die die Art und Weise bestimmen, wie Menschen das bekommen, was sie wollen und brauchen, aber auch aus »Kultur«, Ideen und Diskurs, die die Prinzipien und Ideologien der Wähler*innen der EU-Mitgliedstaaten widerspiegeln. Die Institutionen der Europäischen Union wie das Europäische Parlament, der Europäische Rat und die Europäische Kommission basieren auf einem demokratischen Konzept: Sie zielen darauf ab, Integration und Europäisierung zu erleichtern. (Schmidt, 2006). Doch die demokratischen Werte und Interessen der Führungspersonen und Vertreter*innen der einzelnen Mitgliedstaaten können sehr unterschiedlich sein. Die Organisation demokratischer Grundsätze auf der Ebene der EU-Governance ist daher ein komplexes Thema. In diesem Zusammenhang erklärt Vivien Schmidt: „Die EU-Mitgliedstaaten haben sich noch nicht mit den Auswirkungen der EU auf das individuelle Funktionieren ihrer nationalen Demokratien auseinandergesetzt“ (Schmidt, 2006: 3).

Europäisierung kann als der Schlüsselprozess der Anpassung der nationalen Demokratien an die sich entwickelnde europäische Öffentlichkeit verstanden werden. Doch trotz der Bemühungen der EU-Vertreter*innen, demokratische Prozesse durch Hinzufügen einer Schicht von EU-Strukturen, -Prozessen und -Politik zu den nationalen Governance-Praktiken durchzusetzen, herrscht immer noch Unklarheit über die Legitimität dieser Governance-Muster: "Die Veränderungen in den nationalen Praktiken sind an sich kein Problem. Vielmehr bleiben die nationalen Vorstellungen von demokratischer Macht und Autorität, Zugang und Einfluss, Abstimmung und Stimme weitgehend unverändert. Dies nährt den Aufstieg der

extremen Rechten auf dem Rücken der Anti-Immigrant*innen-Stimmung. Sie schürt die Besorgnis der Linken über die Auswirkungen des wirtschaftlichen Neoliberalismus auf das Sozialwesen. Und sie trägt ganz allgemein zur politischen Unzufriedenheit bei, die sich aus dem Verlust des Vertrauens in die Regierung und das Vertrauen in die nationalen politischen Führer ergibt" (Schmidt, 2006: 3) Um diese soziale Sicherheit für alle gleichermaßen zu installieren, ohne in eine nationalistische Gegenreaktion dessen zu geraten, was rechtsextreme Bewegungen als "Sicherheit" definieren, müssen Linke Akteur*innen über nationale Grenzen hinaus denken.

Man könnte anhand des Beispiels der Eurokrise argumentieren, dass die Art und Weise, wie wirtschaftlich stärkere Mitglieder der Eurozone allen voran Deutschland mit verschuldeten Ländern wie Griechenland umgegangen sind, die Spannung widerspiegelt, die der Dialektik von Demokratie und Kapitalismus innewohnt. Diese Spannung wird beispielsweise in den Prozessen verstärkt, die der so genannten "kreativen Buchhaltung" Griechenlands zugrunde liegen, indem sie gefälschte Statistiken zur Verfügung stellte, um Zugang zur Währungsunion zu erhalten. Streeck (2012) kritisiert, dass die europäische Abteilung von Goldman Sachs, die kurz darauf von Mario Draghi (der dann Präsident der Europäischen Zentralbank wurde) geleitet wurde, zusammen mit dem damaligen Präsidenten der griechischen Zentralbank, Papademos, der später 2012 Premierminister Griechenlands wurde, beteiligt war. Für Streeck ist diese Episode ein Beispiel dafür, wie die Souveränität der internationalen Märkte, die wirtschaftliche Souveränität der Bevölkerung der Staaten der Eurozone verdrängt und überlagert hat. (Streeck, 2012).

In dieser Hinsicht haben die modernen Prozesse der Globalisierung, der Finanzialisierung und der europäischen Integration die Bevölkerung geschwächt und die Märkte gestärkt, was das gesamte System der Europäischen Union weniger demokratisch und weniger fähig macht, die Staatsschuldenkrise Griechenlands (und jene anderer Südstaaten) sozial angemessen zu bewältigen. Da das Vertrauen der Anleger*innen inzwischen mehr Gewicht hat als die Zustimmung der Wähler*innen, wird das inhärente Problem zur Lösung. Folglich wird die Solidarität undemokratisch in dem Sinne, dass die "Solidarität mit den Märkten" mit einer echten Solidarität mit der griechischen Bevölkerung verwechselt wurde. Im Zuge einer vertieften Analyse der Debatten um die Eurokrise, seien auch die mit der "Grunderkrankung" verbundenen Probleme der EU ans Licht gebracht worden (Fehrmann; 2011). In Deutschland sei das Terrain der "Solidarität" zwischen den Befürworter*innen und Skeptiker*innen von Finanzhilfepaketen für Griechenland aufgeteilt. Viele Kommentator*innen zeigen dass das übergreifende Finanzsystem, die Eurozone, die WWU und manchmal sogar die Feier eines

demokratischen kapitalistischen Systems als Achillesferse der EU. Andere konzentrieren sich auf einen Mangel an Demokratie in den Institutionen und Verträgen der EU als Hindernis für die gesamteuropäische Solidarität.

Ein Europäisches Bewusstsein

In Bezug auf die Europäische Frage besteht eine klare ideologische Kluft zwischen neoliberalen und linksalternativen Analysen von politischen Kommentator*innen (Willnow, 2015). Ein geeintes Europa, das zum Ziel hat Nationalismen, Diskriminierungen und Vorurteile abzubauen und gleichzeitig handlungsfähig zu sein und zu werden, kann nur durch mehr Demokratisierung erreicht werden. Die Bürger*innen Europas haben gute Gründe (Holzkamp, 1985) die bisherige Konstituierung der EU als Institution (nicht Europas als Idee (sic!)) skeptisch gegenüber zu stehen. Die Entmachtung der Nationalstaaten kann aber nur damit einhergehen, den Willen der Menschen deutlich stärker zu repräsentieren, durch z.B. Etablierung von verstärkt demokratischen Strukturen. Hier z.B. sollten linke politische Akteur*innen vehement einfordern, über europäische Entscheidungen auch auf lokaler Ebene verstärkt durch Volksbegehren abstimmen zu lassen. Ein weiterer Lösungsansatz wäre die Einrichtung eines zweiten Europäischen Parlamentes oder einer Europäischen ‚Bürger*innenversammlung‘, indem parallel zum EU Parlament, zivilgesellschaftliche Akteur*innen innerhalb der EU durch ‚Sortition‘ über Entscheidungen abstimmen könnten.

Kommentatoren wie Streeck und Willnow stellen einen direkten Zusammenhang zwischen der europäischen Integration und einem Mangel an Demokratie in der Europäischen Union her. Die Definition von Integration selbst ist umstritten. In diesem Zusammenhang kann es als Antwort auf die zunehmende Vernetzung der europäischen Staaten, Institutionen und Prozesse verstanden werden, die auf Ressourcen zugreifen, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen. Akteur*innen linker Bewegungen und Parteien innerhalb der Europäischen Union sollten sich also darauf abzielen, Prozesse der Integration mit dem Prinzip der Umverteilung und der Anerkennung (nach Nancy Fraser) auf einer europäischen Ebene umzusetzen. Dies stellt allerdings nur dann eine sinnvolle Strategie dar, wenn gleichzeitig auch eine Umverteilung der Macht- und Besitzverhältnisse stattfinden würde, um die ökonomische, und daraus folgende politische Kluft zwischen den ‚starken‘ nördlichen und den ‚schwachen‘ südlichen Staaten zu verringern. Nicht nur innerhalb der europäischen Gesellschaft, sondern auch als moralphilosophisches Prinzip innerhalb europäischer Institutionen - einhergehend mit der Schaffung von mehr Demokratie und Solidarität, die

übergreifend eine wirtschaftliche und eine politische Zusammenarbeit der Staaten ermöglicht basierend auf dem Prinzip sozialer Gleichheit und tiefgreifender politischer Mitbestimmung.

Literatur

- Altemeyer, B. (1994). Reducing prejudice in right-wing authoritarians. *The psychology of prejudice: The Ontario symposium*. Hillsdale, NJ: Lawrence Erlbaum Associates. 7, 131-148.
- Andreas Willnow, Griechenland und die Eurokrise 2010/2011, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig, 2011. Online abgerufe am 5 Juli 2018 von:
http://www.rosalux.de/fileadmin/ls_sachsen/bilder/Griechenland_und_die_Eurokrise_2010-2011.pdf
- Archer, R. (2018, 28 Mai). 'Is Corbyn te Future of te Left?'. *Jacobin Magazine*. Abgerufen von <https://www.jacobinmag.com/2018/05/left-party-politics-elections-corbyn-sanders>
- Beck, Ulrich, Anthony Giddens, and Scott Lash. (1996). *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Beck, U., & Grande, E. (2007). *Cosmopolitan europe*. Cambridge. Polity.
- Bell, D. (1973). The coming of the post-industrial society. London. *The Educational Forum*.
- Betz, Hans-Georg. (1994) *Radical right-wing populism in Western Europe*. Berlin. Springer.
- Bourdieu, P. (1982). *Die feinen Unterschiede. Zur Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (2000). *Pascalian meditations*. Stanford. Stanford University Press.
- Bottero, W. (2004). Class identities and the identity of class. *Sociology*, 38(5), 985-1003.
- Cole, Alexandra. (2005). Old right or new right? The ideological positioning of parties of the far right." *European Journal of Political Research* 44.2 203-230.
- Crompton, R., & Scott, J. (1999). Introduction: the state of class analysis. *The Sociological Review*, 47(S2), 1-15.
- Daecon, M. (2015, 12 August) 'The day Jeremy Corbyn faced Margaret Thatcher... and accused her of 'a disgrace to a civilised country!'. *The Telegraph*. Abgerufen von <https://www.telegraph.co.uk/news/politics/labour/11799358/The-day-Jeremy-Corbyn-faced-Margaret-Thatcher...-and-accused-her-of-a-disgrace-to-a-civilised-country.html>
- Dittrich, Paul-Jasper. (2017). Populismus im Netz, Im europäischen Vergleich liegt die Afd zurück. Blog Post 21.09.2017, Jaques-Delors-Institut Berlin
- Dittrich, Paul-Jasper. (2017). Drei Erkenntnisse aus dem Französischen Wahlkampf. Blog Post, 01.02.2017, Jaques-Delors-Institut Berlin.
- Eribon, D. (2013). *La société comme verdict*. Fayard.

- Eribon, D. (2016). *Rückkehr nach Reims*. Berlin. Suhrkamp Verlag.
- Ferdinand, P. (2013). *The Internet, democracy and democratization*. Routledge.
- Fehrmann, T. (2011). The European Union in 2010: a Review. *Zeitschrift für Staats-und Europawissenschaften (ZSE)/Journal for Comparative Government and European Policy*, 9(1), 114-130.
- Fraser, N. (1998). *Social justice in the age of identity politics: Redistribution, recognition, participation* (No. FS I 98-108). WZB discussion paper.
- Fallenstein, D. (2018, 2 August) 'Lassen wir endlich Wirtschaftsflüchtlinge ins Land!'. Die Welt. Abgerufen am 20 August von:
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article180423472/Arbeitsmarkt-Lassen-wir-endlich-Wirtschaftsfluechtlinge-ins-Land.html>
- Habermas, Jürgen. *Die neue Unübersichtlichkeit*. Vol. 5. Frankfurt: Suhrkamp, 1985.
- Hardt, M., & Negri, A. (2017). *Assembly*. Oxford University Press.
- Hartig, S. (2016, 11 Februar). 'Bernie Sanders und wofür er steht'. *Der Freitag*. Abgerufen von <https://www.freitag.de/autoren/shartig/bernie-sanders-und-wofuer-er-steht>
- Holzkamp, K. (1985). *Grundlegung der psychologie*. Campus-Verlag.
- Kitschelt, Herbert, and Anthony J. McGann. *The radical right in Western Europe: A comparative analysis*. University of Michigan Press, 1997.
- Kriesi, Hanspeter. "The role of European integration in national election campaigns." *European Union Politics* 8.1 (2007): 83-108.
- Naples, R. (2017, 27 Dezember). 'How Jeremy Corbyn and his grassroots movement has inspired young Italians to launch their own Momentum'. *The Independent*. Abgerufen am 18 Juli von:
<https://www.independent.co.uk/voices/jeremy-corbyn-momentum-italy-young-people-left-wing-revolution-opposition-socialism-relevant-a8124491.html>
- Marvakis, A. (2018, 23 März). Neoliberale Fassungen der Psychologie. Vortrag bei der Veranstaltung Praxis der Kritischen Psychologie in Deutschland & der Türkei, Berlin.
- McLaren, Lauren M. "Anti-immigrant prejudice in Europe: Contact, threat perception, and preferences for the exclusion of migrants." *Social Forces* 81.3 (2003): 909-936.
- Probst, L., (19 Dezember, 2016). 'After Trumps success, a convergence oft he populist challenge'. *Das Progressive Zentrum*. Abgerufen am 2 August von:
<http://www.progressives-zentrum.org/after-trumps-success-a-convergence-of-the-populist-challenge/>

- Schmidt, V. A. (2006). *Democracy in Europe: The EU and national politics*. Oxford University Press.
- Smith, A. M. (2012). *Laclau and Mouffe: The radical democratic imaginary*. Routledge.
- Streeck, W. (2012). Markets and People. *New Left Review*, 73, 67.
- Stone, J. (2017, 1 Juni). 'Bernie Sanders says he is 'very impressed' by Jeremy Corbyn'. *The Telegraph*. Abgerufen am 5 Juli von <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/bernie-sanders-jeremy-corbyn-endorse-general-election-2017-labour-brighton-speech-donald-trump-paris-a7768226.html>
- Szyszkowitz, T. (2017, 2 Oktober). 'Was die SPD von Jeremy Corbyn lernen kann'. *Cicero*. Abgerufen am 6 Juli von: <https://www.cicero.de/sozialdemokratie-spd-jeremy-corbyn-martin-schulz-labour-brexit>
- Willnow, A. *Griechenland und die Euro-Krise 2010/11*. Leipzig. Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Links:

La Perfezione die parasiti (März, 2018): Abgerufen Juli 5, 2018 von <http://www.beppegrillo.it/la-perfezione-dei-parassiti/>